

# Griesheimer Anzeiger



Heimatzeitung für Griesheim · Veröffentlichungsorgan der Stadtverwaltung und anderer Behörden

Erscheint wöchentlich zweimal; Mittwoch- und Samstagvormittag. – Bezugspreis: monatlich 6,50 € zuzügl. 1,20 € Trägerlohn inkl. 7 % MwSt. – Anzeigenpreis: Die 44 Millimeter breite Spalte im Anzeigenteil – 50 €, die 44 Millimeter breite Spalte im Textteil 1,25 € + 16 % MwSt. pro Millimeter Höhe – Druckerei und Zeitungsverlag: Valentin Bassenauer GmbH, 64347 Griesheim/Hess., Wiesenstraße 8 (Zeitungsverlag seit 1887) – Tel. 06155/8383-0 – Telefax 8383-99 – Bankkonten: Volksbank Griesheim eG, Nr. 3328; Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt, Hauptzweigstelle Griesheim, Nr. 27001998 – Einzelnummer: 0,90 €

Nummer 26

Postverlagsort Frankfurt

Samstag, den 3. April 2004

D 7934

55. Jahrgang

## Erklärung zur Notdienstzentrale

Auch künftig Notdienst vor Ort gefordert

Stadtverordnetenvorsteher Siebert Rheinländer verlas bei der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstagabend eine gemeinsame Erklärung des Parlaments zur beabsichtigten Schließung der Notdienstzentrale. Diese Erklärung ersetzte die von Bürgermeister Norbert Leber angeregte Resolution des Parlaments.

Bei 28 niedergelassenen Ärzten in Griesheim müsse es möglich sein, einen ärztlichen Notdienst in Griesheim sicherzustellen, wie es früher auch gewesen sei, heißt es in dieser Erklärung. Eine Notdienstzentrale in Weiterstadt werde den Bedürfnissen der Griesheimer Bevölkerung nicht gerecht, insbesondere nicht denen

der älteren Bürger. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt daher nachdrücklich das städtische Angebot, im Haus Waldeck nahezu kostenfrei Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es wird erwartet, dass die Ärzteschaft auch über den 1. Juli hinaus (zu diesem Zeitpunkt soll die Notdienstzentrale im Ostend geschlossen werden) einen ärztlichen Notdienst in Griesheim sicherstellt.

Überall würden zurzeit erhöhte Anforderungen an Arbeiter, Angestellte, Beamte und die Bevölkerung allgemein gestellt. Die ärztliche Tätigkeit verlange daher auch, einen zusätzlichen Dienst am Wochenende oder an Feiertagen möglich zu machen. pg

## Über Grüne Säcke und gelbe Tonnen beraten

Stadtverordnete überweisen Anträge in Ausschuss

Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstagabend einstimmig beschlossen, zwei Anträge der CDU-Fraktion in den Umweltausschuss zu überweisen. Die CDU hatte beantragt, die Einführung grüner Säcke und gelber Tonnen in Griesheim zu prüfen (diese Meldung war kein Aprilscherz!).

Für die CDU argumentierten Christian Becker und Andreas Ostrowski. Nach ihrer Auffassung sollte der Bürgerschaft ermöglicht werden, zusätzlich zu grünen Tonnen auch grüne Säcke anschaffen zu können, um bei Bedarf größere Mengen von Gartenabfällen zu entsorgen. Die Einführung einer gelben Tonne könnte für ein saubereres Stadtbild sorgen, wenn darin die gelben Säcke verschwinden würden. Die Bürger sollten selbst entscheiden können, von welcher Möglichkeit sie dann Gebrauch machen wollen. Diese Neuregelung soll ergänzend sein. Die bisherige Regelung – grüne Tonne und gelber Sack – soll beibehalten werden.

SPD-Fraktionschef Bertfried Klanitz und Gerd Lahnstein (SPD) schlugen eine Überweisung in den zuständigen Umwelt-

ausschuss vor, um das Thema gemeinsam mit einem fachkundigen Experten des Abfallverbandes (ZAW) zu beraten. Allerdings müsse man bezüglich der Grünabfälle bedenken, dass die Kompostierungsanlagen im Landkreis bereits überlastet wären, da schon jetzt viel zu viele Gartenabfälle in die Grüne Tonne kämen. Rund 3.000 Tonnen müssten schon jetzt auswärtig entsorgt werden.

Zur Möglichkeit einer gelben Tonne sagte Bürgermeister Norbert Leber, man müsse sich über die Finanzierung unterhalten. Weder der DSD (Duales System Deutschland) noch das beauftragte Entsorgungsunternehmen würden hier mit den geschätzten 200.000 Euro in Vorleistung treten. Der DSD hat diese Möglichkeit, von der Wolfskehlen profitierte, inzwischen abgeschafft. Das beauftragte Unternehmen könne bei der fünfjährigen Ausschreibungsfrist nicht langfristig planen. Die derzeitige Finanzlage der Stadt sei für ein solches Projekt auch nicht gerade förderlich.

Die Parlamentarier überwiesen beide Anträge einstimmig in den Ausschuss. pg

## Schöffen gesucht

Stadt sucht ehrenamtliche, objektive Richter

Die Amtszeit der derzeitigen Schöffen und Jugendschöffen endet mit Ablauf des Jahres 2004. Gemäß der vom Hess. Statistischen Landesamt festgestellten Einwohnerzahlen sind in der Vorschlagsliste von Griesheim für die Schöffen 53 Personen und für die Jugendschöffen 16 Personen aufzunehmen.

Aus der Vorschlagsliste der Schöffen werden von Gerichtsseite nur Einzelne ins Schöffenamts berufen, die übrigen benannten Personen können als Nachrücker nominiert werden. Auf die Berufung und die Auswahl hat die Stadt Griesheim selbst, die nur die Liste der in Frage kommenden Schöffen beschließt, keinen Einfluss. Ins Amt berufene Schöffen haben erfahrungsgemäß mit nicht mehr als zirka zehn Sitzungstagen pro Jahr zu rechnen. Zu den ausgesetzten Terminen, die zu Beginn des Jahres jedem Schöffen schriftlich mitgeteilt werden, muss der Schöffe grundsätzlich erscheinen. Die jährliche Urlaubsplanung sollte deshalb frühzeitig der Ge-

schäftsstelle mitgeteilt werden. Ein Ausfall wegen Krankheit muss unverzüglich schriftlich oder mündlich gemeldet werden.

Schöffen wie auch Jugendschöffen müssen mehrere Voraussetzungen erfüllen: Die Vorgeschlagenen müssen die Deutsche Staatsangehörigkeit haben, sie sollten das 25. Lebensjahr vollendet haben und nicht älter als 70 Jahre sein, außerdem müssen sie bereits ein Jahr in Griesheim wohnen. Für das Amt der Jugendschöffen vorgeschlagene Personen sollten außerdem erzieherisch befähigt und in der Jugend-erziehung erfahren sein. Für die Nominierung der Schöffen bzw. Jugendschöffen müssen neben dem Familiennamen, Geburtsname und Vorname, die komplette Adresse, der Beruf sowie das Geburtsdatum und der Geburtsort angegeben werden. Sollte Interesse bestehen und nähere Informationen gewünscht sein, kann man sich mit dem Hauptamt der Stadt Griesheim unter der Tel.-Nr. 701 204 oder 205 in Verbindung setzen. fl



Die Satelliten-Kugeln auf dem ehemaligen August-Euler-Flugplatz werden in der Fachsprache als „Radome“ bezeichnet. Der Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom sagte bei seinem Vortrag am Dienstagabend im Bürgerhaus St. Stephan, dass dies noch längst nicht der endgültige Ausbau der Anlage sei.

## „Die Radome werden wachsen“

Geheimdienstexperte Schmidt-Eenboom: „Icebox“ gehört definitiv zu Echelon-Abhörsystem

Die gute Nachricht zuerst. Nach Ansicht von Erich Schmidt-Eenboom, dem Leiter des Friedensinstituts in Weilheim, geht von den Satellitenschüsseln, die von den Streitkräften der Vereinigten Staaten zurzeit auf dem ehemaligen August-Euler-Flugplatz installiert werden, keine Gefahr durch eine Strahlenbelastung aus: „Nach bestem Wissen und Gewissen kann ich da keine Befürchtungen schüren“, sagte Schmidt-Eenboom am Dienstagabend im Bürgerhaus St. Stephan vor etwa 80 Zuhörern.

Schmidt-Eenboom referierte auf Einladung der Bürgerinitiative „Icebox“ über die Entstehung und Aktivitäten des weltweiten Echelon-Systems und die Auswirkungen auf Griesheim. Nach Ansicht des Geheimdienstexperten sind die ersten fünf Radome – so nennen die Experten die runden Kugeln mit den verborgenen Satellitenspiegeln – nur der Anfang. Weitere dieser Kugeln würden folgen, sobald die US-Streitkräfte einen größeren Bedarf an satellitengestützter Kommunikation hätten. Das sei nur eine Frage der Zeit. „Die Radome werden wachsen.“

### Echelon

Echelon – zu deutsch Staffellung – ist ein weltweites Netz zur Überwachung elektronischer Kommunikation. Geschaffen wurde es in jahrelanger geheimer Kooperation von fünf Staaten: USA, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und Australien. Diese haben sich im sogenannten UKUSA-Abkommen zusammengeschlossen.

Die beteiligten Geheimdienste haben ein weltweites Netz von Abhörstationen geschaffen, die dem gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus dienen, aber auch häufig zur Wirtschaftsspionage – auch gegen Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland – eingesetzt werden. Die Existenz von Echelon wird von den beteiligten Staaten noch immer bestritten.

Das Parlament der Europäischen Union hat eigens eine Kommission eingesetzt, die die Existenz von Echelon bestätigte (wir berichteten in einer GA-Dokumentation). Nach der Schließung der „Echelon Field Station 81“ in Bad Aibling wird man die Echelon-Karte umschreiben müssen. Die deutsche Horchposten steht künftig am Griesheimer Stadtrand auf dem ehemaligen August-Euler-Flugplatz. pg

Das war die andere Nachricht, die Schmidt-Eenboom an diesem Abend überbrachte. Nach Ansicht des Geheimdienstexperten gehört die Satelliten-Anlage auf dem ehemaligen Euler-Flugplatz „definitiv“ zum weltweiten Abhörsystem mit dem Codenamen „Echelon“ (siehe Kasten). Jedes der vier bereits existierenden Radome könne über tausend Frequenzen gleichzeitig abhören. Die neuen, kleinen Radome seien zudem weit leistungsfähiger als ihre großen Vorgängermodelle. Über diese Radome könne in Echtzeit übertragen werden, unter anderem zur NSA-Zentrale in Fort Meade (USA).

Über 50 verschiedene nachrichtendienstliche Einheiten sind nach Schmidt-Eenbooms Worten mit der Auswertung der schon bald dort eingehenden Informationen beschäftigt. Quartier dieser Einheiten sei zweifellos der „Dagger-Complex“ am Eberstädter Weg. Dort hat der Nachrichtendienst der US Army (INSCOM) sein europäisches Hauptquartier (wir berichteten).

Hausherr am Eberstädter Weg sei indes nicht die INSCOM, sondern die National Security Agency (NSA), der größte Nachrichtendienst der Vereinigten Staaten. Unter deren Oberaufsicht würden zudem nachrichtendienstliche Einheiten aus allen Teilkraften (Navy, Air Force und Army) der US-Streitkräfte am Eberstädter Weg arbeiten. Aber: „Die NSA setzt die Prioritäten.“

Mit der Inbetriebnahme der Anlage seien auch Auswirkungen für die Griesheimer Bevölkerung verbunden. Dazu gehöre der sogenannte „Counter Intelligence Support“. Darunter habe man die „Ausforschung des Widerstands“ im Umfeld der Einrichtung zu verstehen. Wie zur Bestätigung patrouillierte nach der Veranstaltung eine Autostreife der US-Militärpolizei vorbei



Erich Schmidt-Eenboom bei seinem Vortrag im Bürgerhaus St. Stephan.

an Bürgerhaus und St. Stephans-Platz.

Was können Griesheim oder seine Bürger gegen diese Anlage unternehmen? Das war eine der Fragen der Bürgerinitiative und vieler Zuhörer an den Referenten. „Die größten Handlungsmöglichkeiten liegen juristisch bei der Stadt“, antwortete Schmidt-Eenboom. Die Genehmigung der Anlage basiere auf Paragraph 37 des Baugesetzbuches. Damit müsste sie der Landesverteidigung dienen: „Jeder Insider weiß, dass diese Anlage nicht der Landesverteidigung dient.“

Im Gegensatz zu anderen Behörden würden die Nachrichtendienste der Länder nur selten zusammenarbeiten. Die Anlage diene nicht nur militärischen Zwecken, sondern auch der Wirtschaftsspionage gegen deutsche Unternehmen. Eine Klageführung sei indes nur mit einem in dieser Thematik hoch spezialisierten Juristen erfolgversprechend. Schmidt-Eenboom kenne

in Deutschland davon gerade einmal einen. Selbst dann könne sich die Verlegung einer solchen Anlage jahrelang in die Länge ziehen.

Bertfried Klanitz, Fraktionsvorsitzender der SPD in der Stadtverordnetenversammlung, Walter Keller (WGG) und Sigurd Koch vom Magistrat sehen indes die Möglichkeiten der Stadt ausgeschöpft. Die beauftragte Anwaltskanzlei und der Städte- und Gemeindebund hätten von einer Klage abgeraten.

Schmidt-Eenboom verwies auf die bevorstehende Schließung der Station in Bad Aibling. Dort habe jahrelanger massiver Druck der bayerischen Landesregierung nach dreißig Jahren zum Erfolg geführt. Das Interesse an der Schließung sei dort nicht vorrangig von der Politik gekommen. Vielmehr hätten immer wieder Industrievertreter in der Staatskanzlei vorgeschrieben: „Wir verlieren zu viele Aufträge durch die Amerikaner.“

Die Hoffnung, dass sich dies durch die teilweise Verlegung nach Griesheim (ein anderer Teil wird nach Menwith Hill, England, verlegt) ändern wird, dürfte sich als trügerisch erweisen: „Wo die Antennen stehen, ist völlig egal. Man hört von Griesheim genauso gut wie von Bad Aibling“, konstatierte Schmidt-Eenboom.

Im Gegensatz zu den Landespolitikern in Bayern hat sich die hessische Landespolitik bisher noch nicht für die neue Abhörstation in Griesheim interessiert. Am Dienstagabend war keiner der hiesigen Landtagsabgeordneten zu Gast. Auch die südhessische Wirtschaft nimmt die Angelegenheit offenbar gelassener als die bayerischen Unternehmer und Manager. Die Bürgerinitiative hat über 50 große Unternehmen aus Südhessen angeschrieben. Ein BI-Vertreter: „Die Resonanz war null.“ pg



Geheimdienstexperte Erich Schmidt-Eenboom und Regina Hagen von der Bürgerinitiative „Icebox“ mit dem „Griesheimer Anzeiger“. Die Darmstädterin Regina Hagen ist seit Jahren aktiv in der Friedensbewegung engagiert und hielt bereits zahlreiche Vorträge, unter anderem zum „Star Wars“-Programm der USA. Das Interesse der Darmstädter an der „Icebox“ bezeichnete Hagen als „erbärmlich minimal“. Die Informationen über die Pläne und Fortschritte der „Icebox“ bezieht Hagen fast ausschließlich aus dem GA. pg-fotos